

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

12. Juni 1946

Blatt 337

Exhumierungen im 18. und 19. Bezirk

In den nächsten Tagen wird mit der Exhumierung (Enterdigung) der Leichen begonnen, die im 18. und 19. Bezirk ausserhalb von Friedhöfen in öffentlichen und privaten Anlagen, Gärten und Höfen provisorisch beigesetzt wurden.

Die Angehörigen dieser Gefallenen und Verstorbenen sowie alle jene Personen, die solche Leichen beerdigt haben und Papiere oder sonstige Gegenstände verwahren oder zweckdienliche Angaben über sie machen können, werden dringendst gebeten, sich sofort, aber nur Montag bis Freitag zwischen 14 und 16 Uhr im Alten Rathaus, Wien I., Spillinger Strasse 3, I. Stiege, 2. Stock, Tür 16, zu melden. An Samstagen findet kein Parteienverkehr statt.

Besondere schriftliche Verständigungen auch derjenigen Angehörigen, die bereits früher um die Durchführung der Enterdigung solcher Leichen angesucht haben, erfolgen nicht. Leichen, deren Angehörige sich nicht binnen 8 Tagen melden, werden von amtswegen enterdigt und in einem Schachtgrabe wieder beerdigt, aus dem eine neuerliche Enterdigung nicht mehr möglich ist. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, dass ohne besonderen Auftrag der Zentralstelle für Exhumierungen des Gesundheitsamtes der Stadt Wien Enterdigungen nicht vorgenommen werden dürfen.

Abgesagte Sprechstunde

Wegen der Budgetberatungen des Gemeinderates findet heute Donnerstag die Sprechstunde des städtischen Finanzreferenten Stadtrates Honay nicht statt.

Beflaggung am englischen Nationalfeiertag
=====

Der 13. Juni ist als Geburtstag des englischen Königs in Grosebritannien Staatsfeiertag. Der Bürgermeister hat aus diesem Anlasse die Beflaggung der öffentlichen Gebäude in Wien angeordnet.

Wirtschaftsverhandlungen der Städtischen Unternehmungen in Frank-
=====
reich.
=====

Der amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Exel und Generaldirektor Resch sind nach Frankreich abgereist, um Verhandlungen mit verschiedenen grossen Firmen über die Lieferung von Material für den Wiederaufbau der Städtischen Unternehmungen, das im Inland nicht zu bekommen ist, zu führen.

Elektrische Wien-Baden auch am Sonntag!
=====

Wiewohl die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung noch immer den durchgehenden elektrischen Verkehr hindern, wird am 16. Juni 1946 der Sonntagsverkehr zwischen Wien und Baden aufgenommen. Neun mit Dampflokomotiven geführte Zugspare sollen an solchen Tagen den Verkehr auf dieser Strecke ohne Umsteigen vermitteln. Der erste Zug fährt um 6 Uhr 50 Min. von der Philadelphiabrücke ab, dem in Intervallen von rund 1 Stunde je zwei weitere Züge folgen. Die Abfahrt des letzten Zuges von der Philadelphiabrücke erfolgt um 19 Uhr 25 Min. Auf der Gegenstrecke fährt der erste Zug um 7 Uhr 10 Min., der letzte um 19 Uhr 50 Min. von Baden ab. Bei den Bahnhöfen und Haltestellen sind die Fahrzeiten der übrigen Züge zu erfragen.

Es wird aufmerksam gemacht, dass der Sonntagsfahrplan sich von dem Fahrplan an Werktagen wesentlich unterscheidet.

An alle Möbelhändler und Möbelerzeuger
=====

Das Hauptwirtschaftsamt gibt für den Bereich der Stadt Wien bekannt:

Sämtliche Möbelhändler und Möbelerzeuger werden aufgefordert, die Inventur per 31. Mai 1946 aufzustellen und alle vereinbarten Bezugsrechte aus der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Mai 1946 im Hauptwirtschaftsamt Wien I., Strauchgasse 1, III. Stock, Zimmer 130 (Punkte-Verrechnung) abzurechnen. Alle übrigen Marken aus der Zeit vor dem 1. Jänner 1946 sind sofort zu vernichten.

Ausgabe von Gemüsepflänzchen

=====

Die Magistratsabteilung 53, Siedlungs- und Kleingartenwesen, gibt die siebente Partie Gemüsepflänzchen im städtischen Reservegarten II. Bezirk Vorgartenstrasse 160, (Kohl, Kohlrabi, Kraut, Rotkraut, Spätgemüse) in der Zeit von 8 - 15 Uhr aus und zwar:

Donnerstag, den 13. Juni für die Ernteländler mit Anfangsbuchstaben

A - K und

Freitag, den 14. Juni für solche mit Anfangsbuchstaben

L - Z und für

Nachzügler ausschliesslich gegen Vorweis der Erntelandausweiskarte für 1946 und gegen einen Spesenbeitrag von 1' - S pro Paket.

Packmaterial ist mitzubringen. Ein Rechtsanspruch auf Ausfolgung besteht nicht.

Der Voranschlag der Stadt Wien
=====

Der Gemeinderat setzte heute seine Budgetberatungen mit der Verwaltungsgruppe "Wohlfahrtswesen" fort.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. h. c. Körner erklärte eingangs den Rechnungsabschluß der Wiener Verkehrsbetriebe für das Geschäftsjahr 1944, die Fahrpreisfestsetzung für die Autobuslinie Billrothstraße - Neustift an Walde und den Antrag zur Errichtung einer 110 kV-Freileitung und Ausbau der 110 kV-Freiluft-Anlage Simmering der Elektrizitätswerke mit einem Sachkredit von 900.000 S geschäftsordnungsgemäß als genehmigt.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Dr. Freund hob einleitend den großen Mangel an geschulten, tüchtigen, jüngeren Menschen und an Sachwerten, Heimen, zusätzlicher Nahrung, Textilien und Bargeld hervor. Bei der heutigen Wirtschaftslage sei fast jeder Bürger dieser Stadt ein zu Befürsorgender geworden. Auch in der Wohlfahrt sind wir auf die Hilfe des Auslandes angewiesen. Besonders Amerikaner und Engländer haben sehr viel und in wirklich menschlich gewinnender und kameradschaftlicher Arbeit mit uns zusammen für die Notleidenden getan. Der Berichterstatter betont weiters an Hand eines umfassenden Zahlenmaterials die vorbildliche Hilfe der Schweiz und Schwedens.

Für die Pflichtfürsorge sind fast 87 Millionen Schilling, das ist ein Viertel der Gesamtausgaben des Budgets ausgeworfen. Dazu kommen noch die sehr hohen Personalkosten und der Wert der für Fürsorgezwecke bestimmten Häuser und Anstalten. Die Pflichtfürsorge des Jugendamtes umfaßt die Amtsvormundschaft für rund 24.000 Amtskinder, rund 4600 Pflegekinder mit einem Sachaufwand von 6'3 Millionen Schilling, zwei Schwangeren-Beratungsstellen, 67 Mutterberatungsstellen gegenüber maximal 35 vor dem Kriege, 106 Kindertagesstätten, Kindergärten und Horte mit 8815 Kindern. Die zusätzliche Fürsorge des Jugendamtes bezieht sich vor allem auf Schulausspeisung, auf Schwangere und stillende Mütter und auf die Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren, wozu noch die Mitarbeit an den Hilfsaktionen Schwedens und der Schweiz tritt. Das Ziel müsse die allgemeine und gleiche Jugendausspeisung sein. Der Berichterstatter schildert die großen Schwierigkeiten, die dem "Wijug" bei Beschaffung der Heime und Bereitstellung der Verpflegung entgegenstehen und die mannigfache Arbeit auf dem

Gebiete der Kinderlandaktion, die die beste Zusammenarbeit aller politischen Parteien erbringe.

Für Stipendien wurde ein Betrag von 500.000 Schilling vorgesehen, so dass 100 Fachstipendien, 300 Stipendien für Hochschul- und 200 für Mittelschulstudien ausgeschrieben werden konnten.

Auf dem Gebiete der Erwachsenenfürsorge zeigt sich folgendes Bild: Im April 1946 hatte das Wohlfahrtsamt in der offenen Fürsorge 37.000 Dauerbefürsorgte mit einem Sachaufwand von rund 21 Millionen Schilling und 3750 einmalig Unterstützte mit einem Aufwand von 1,7 Millionen; an Familienunterhalt wurden 13,5 Millionen, für Tuberkulosenhilfe 800.000 Schilling ausgeworfen. Die Sterblichkeit an Tuberkulose beträgt heute 120 % mehr als im letzten Friedensjahr. Die geschlossene Fürsorge bezieht sich vor allem auf alte Personen, Geisteskranke und an Tuberkulose Erkrankte sowie auf die Erziehungsheime. Die zusätzliche Erwachsenenfürsorge fand ihren Niederschlag u.a. in der Befürsorgung durch Bekleidungs Spenden, Wärmestuben und Sachbeihilfen.

Die Sterblichkeit der Erwachsenen war im Juni 1945 viermal so gross als im Jahre 1930.

Besonders gross ist die Not infolge der Unter- und Fehlernährung. Zu dem Mangel an Kleidung und Schuhen tritt bei den Jugendlichen noch der Mangel an guter Erziehung und bei den Erwachsenen an Arbeit.

Wir müssen, so schloss der Berichterstatter, den jungen Leuten wieder Lebensmut und Freude geben, sonst wird Österreich nicht lebensfähig sein. (Lebhafter Beifall des Hauses).

GE. Frieda Nödl (SPÖ) stellte zu Beginn ihrer Rede fest, dass Wien eine Stadt war, zu der die ganze Welt gepilgert kam, um zu lernen, wie man Fürsorge macht. Prof. Dr. Tandler hätte unsere Stadt zur Metropole der Fürsorge gemacht. Rückblickend erscheint es uns als Wahnsinn, wenn man bedenkt, dass man diesen gütigsten aller Menschen in eine gerichtliche Untersuchung zog.

Nach Meinung der Rednerin wäre die Post von 30.000 Schilling für die Anschaffung von Säuglingswäsche etwas gering veranschlagt, wenn man überlegt, dass bis zum Jahre 1934 durchschnittlich 500.000 bis 750.000 Schilling für diese Anschaffungen ausgegeben wurden. Sie regte die Schaffung von Heimen für Kriegsweisen an und machte die Mitteilung, dass die sozialistischen Frauen Österreichs

dem österreichischen Gesandten in der Sowjetunion Ing. Waldbrunner, einen Brief an Marschall Stalin mit der Bitte mitgegeben hätten, daß er sein großes Befreiungswerk damit krönen möge, den österreichischen Müttern ihre Söhne zurückzuschicken. Ferner wies Gemeinderätin Nödl auf die Notwendigkeit hin, für die Kinder der Justifizierten irgendwelche Maßnahmen zu treffen, da diese durch den Verlust einer glücklichen Kindheit besonders berücksichtigungswürdig seien.

Zum Schlusse lenkte Gemeinderätin Nödl die Aufmerksamkeit auf die aus den KZs zurückgekommenen Kruppel und invaliden Menschen, für die zu sorgen es Aufgabe der Gemeinde oder des Bundes sein sollte. Auf alle Fälle aber wäre es Pflicht, daß Witwen und Waisen der justifizierten politischen Häftlinge und auch jene, die zwischen 1934 und 1938 zu Schaden gekommen sind, von der Gemeinde oder vom Staat befürsorgt werden. Fürsorgeeinrichtungen sollen so beschaffen sein, daß sie allen zugutekommen, ohne daß man erst besonders bittstellig werden muß. Gemeinderätin Nödl verlas hierauf einen Antrag, der die Befürsorgung aller Opfer des Faschismus verlangt. Sie appellierte an den Gemeinderat, wieder Fürsorgeeinrichtungen zu schaffen, deren Ruf so wie einst weit über die Grenze unserer Stadt hinausgetragen wird. (Lebhafter Beifall)

Gemeinderätin Eleonore Hiltl (ÖVP) erinnerte daran, daß es eine Reihe von Menschen gibt, die sich oft schämen einzugehen, daß sie fürsorgebedürftig sind. Es gebe nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in den sogenannten bürgerlichen Kreisen Fälle, die für die Fürsorge in Betracht kommen. Sie regte an, Erholungsaufenthalte für alte Frauen zu schaffen. Eine solche Fürsorge käme letzten Endes auch wieder der Jugend zugute, weil es sich hierbei doch um ihre Mütter bzw. Erzieherinnen handle. Der Fürsorgerinnenberuf wäre wohl ein für Frauen geeigneter Beruf, doch hätten viele Menschen eine Abneigung gegen diesen, weil er zu den schlecht bezahltesten Berufen gehört. Es wäre alles aufzubieten, um eine Besserstellung dieser Berufsgruppe zu ermöglichen. Weiter fragte Gemeinderätin Hiltl an, ob Vorkehrungen getroffen worden wären, um jene Mütter zu befürsorgen, die durch die Kriegereignisse zu einer Schwangerschaft gezwungen wurden.

Auch jene jungen Menschen, die sich einmal durch einen Fehltritt ausserhalb der Gesellschaft gestellt haben, bedürfen der intensivsten Betreuung. Weiter schlug die Rednerin vor, in den westlichen Randbezirken Wiens Freilufttagesheimstätten zu errichten, weil die Luft in diesen Gebieten noch verhältnismässig unverbraucht ist und ein Aufenthalt in solchen Heimstätten einen wichtigen Faktor im Kampfe gegen die Tuberkulose darstellen würde. Alles müsse daran gesetzt werden, um die Fürsorge dieser Stadt wieder auf den Stand zu bringen, auf dem sie einmal war. Parteipolitische Interessen müssten zurückgestellt werden, um allen Jugendlichen und Erwachsenen die Grundlage zu geben, um am Wiederaufbau unserer Heimat mitarbeiten zu können. (Beifall bei den Parteigenossen).

GR. Steinhardt (KPÖ) sprach davon, dass das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien den Namen "Amt der sozialen Verpflichtung" erhalten sollte. Heute ist es eine Verpflichtung des Gemeinwesens für seine Bürger in allen Tagen des Lebens zu sorgen.

Der Redner hob dann die grosszügige Hilfe der russischen Besatzungsbehörden, die die einzige durch viele Monate war, hervor. Er führte als Beispiel an, dass für die vor dem Tode gestandenen aus dem Kz Ravensbrück, Autos, Benzin, Lebensmittel und Bewachung zur Verfügung gestellt wurden, um diese Bedauernswerten wieder zurückzubringen.

Von dem nächsten Kapitel "Gesundheitswesen" sprechend, erwähnte Steinhardt, dass viele Männer und Frauen, oft nur mit einem Stück Brot versorgt, Tag und Nacht bei jedem Wetter bereit waren, tausende Flüchtlinge auf den Bahnhöfen zu betreuen, um so Seuchen von der Stadt fernzuhalten. Es mussten in diesem Zusammenhang auch Grossküchen errichtet werden, in welchen diese Flüchtlinge verköstigt wurden. Manchmal wurden täglich 4.000 Flüchtlinge beherbergt und gepflegt.

Eine Erkenntnis haben wir aus dieser schweren Zeit gewonnen, wir können nicht untergehen, weil sich immer wieder aus der grossen Masse ein paar entschlossene Arbeiter und Kämpfer herausheben, die helfen, die grössten Gefahren zu überwinden.

Einige Posten des Budgets sind zu gering veranschlagt. Um nicht Nachtragskredite zu beanspruchen, sollten folgende Summen erhöht werden: Die Dauerunterstützungen auf 800.000 S, die für Gebühren und Beiträge für fachärztliche Untersuchungen und sanitätspolizeiliche Leichenöffnungen vorgesehenen 50.000 S auf 62.000 S, die 60.000 S für ärztliche Erfordernisse der Gesundheitsämter und den schulärztlichen Dienst auf 110.000 S, die für die Errichtung von polizeilichen Sanitätshilfsstellen vorgesehenen 2000 S sollten nach Übereinkommen des zuständigen Stadtrates mit dem Ausschuß für das Wohlfahrtswesen ebenfalls erhöht werden.

Gemeinderat Steinhardt stellte dann Anträge, die im wesentlichen folgende Forderungen enthalten:

Im ersten Antrag wird gefordert, geeignete Maßnahmen zur Schaffung neuer Heime und Anstalten für schwer erziehbare und geistig zurückgebliebene Kinder zu unternehmen. Bei der Errichtung neuer Heime sollte auf bereits vorhandene Baulichkeiten zurückgegriffen werden.

Im zweiten Antrag wird gefordert, Heime für Zivilkrüppel zu errichten, in denen diese der Pflege bedürftigen Menschen die Arbeit zugewiesen wird, die sie ausführen können. Es sollten ihnen Aufträge dazu erteilt und Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden.

Mit der Zuerkennung von Freifahrtscheinen auf den städtischen Verkehrsmitteln für Blinde befaßt sich der dritte Antrag.

Der vierte Antrag stellt die Forderung, alle notwendigen Maßnahmen zum Ausbau der städtischen Fürsorgerinnenschule zu ergreifen. Durch die Angliederung eines Internates sollte die Schule zu einer für das ganze Bundesgebiet verbindlichen Anstalt gemacht werden.

Wien wird dann nicht nur die Kulturstadt sondern auch jene Stadt werden, in der der wichtigste Zweig, die Wohlfahrtspflege, vorbildlich geführt wird. (Beifall)

Gemeinderat Jirava (SPÖ) lenkt die Aufmerksamkeit auf die selbständigen Gewerbetreibenden, die durch den Krieg in ihrem Existenzniveau besonders tief herabgedrückt wurden. Von den ca. 80.000 Selbständigen in Wien sind mindestens 10 % überaltert und den Anforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen. Der Stand werde wahrscheinlich der öffentlichen Fürsorge zur Last

fallen. Es müsse Platz für junge Kräfte geschaffen werden. Der Redner stellt daher den Antrag, sofort mit den zuständigen Kammern Verhandlungen einzuleiten, um die notwendigen Mittel für Hilfsmassnahmen zugunsten der Handel- und Gewerbetreibenden flüssig zu machen. (Lebhafter Beifall.)

GR. Paula Kratky (SPÖ) spricht den Dank an alle am Aufbau der Kindergärten, Tagesheimstätten und Horte Beteiligten aus und schildert die Schwierigkeiten, die diesem nach Beendigung des Krieges entgegenstanden. Sie hebt die Dankesschuld an das Ausland, vor allem an Schweden, für die Unterstützung auf dem Gebiete der Jugendfürsorge hervor. Zum weiteren Ausbau des Kindergarten- und Hortwesens fehle es an geeigneten Fachkräften. Die Rednerin schlägt vor, die Kindergärtnerinnen- und Fürsorgerinnenschule zusammenzulegen und eine vierjährige Ausbildung vorzusehen. Die Absolventinnen sollen sich erst nach Beendigung des Studiums entscheiden, ob sie Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen oder Fürsorgerinnen werden wollen. (Beifall)

GR. Ruthner (ÖVP) bezeichnet die offene Erwachsenenfürsorge als trauriges Vermächtnis Hitlers. Die Wiedererrichtung der Kindergärten und Horte ist von grösster Bedeutung. Es müsse die Bitte an die Besatzungsmächte ausgesprochen werden, die Kindergärten und -heime nicht als kasernenmässige Unterkünfte zu verwenden. Bei der geschlossenen Erwachsenenfürsorge müsse ein neuer Weg, etwa in der Form der Gemeinschaftsrente, gegangen werden, wie sie Nationalrat Fink ausgearbeitet hat. Bei Durchführung dieses Planes werde dem öffentlichen Wohlfahrtswesen eine schwere Last abgenommen. (Beifall).

GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) verlangt dringend die Zuteilung von Schuhen an Schulkinder. Von dem in den Lederfabriken erzeugten Leder sollte ein Bruchteil den Schuhfabriken zur serienweisen Erzeugung von Kinderschuh zur Verfügung gestellt werden, da sich schon im vergangenen Winter bei den langen Wegen zur Schule und zur Ausspeisung grosse Unzulänglichkeiten ergaben.

GR. Lauscher (ZPÖ) sprach von dem Mangel an Kinderwagen, die auf dem freien Markte nicht zu bekommen wären. Die Lunag-Kinderwagenfabrik, die einem Reichsdeutschen gehörte und deren Besitzverhältnisse nicht geklärt sind, müste daher durch die Gemeinde Wien sichergestellt werden. Weiter wies er auf die große Hilfeleistung

lin, die die russischen Besatzungsbehörden im vergangenen Jahre der Wiener Jugendausspeisung angedeihen ließen.

Gemeinderat Dr. Neubauer (SPÖ) bezeichnete die Summe von 500.000 Schilling für Stipendien, gemessen an den jetzigen finanziellen Verhältnissen der Stadt Wien, als hoch, aber gleichzeitig als nicht ausreichend. Dieser Betrag wäre zwar bedeutend höher als im Jahre 1931, doch ist in diesem Zusammenhang das Augenmerk auf das Budget des Bundes zu lenken, das für Stipendien überhaupt keinen Betrag ausweist. Ein Stipendium ist ein Notbehelf, das dann verschwinden könnte, wenn zur Erreichung einer höheren Schulbildung keine besonderen finanziellen Leistungen mehr notwendig sind. 7000 Schüler werden heuer ihre Schulzeit abschließen und in das praktische Leben treten, aber nur 5000 hätten die Möglichkeit, zu einer Lehrstelle zu gelangen. Es wird Aufgabe der Gemeinde Wien sein, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, damit diese Jugend nicht der Straße überantwortet wird. Besondere Aufmerksamkeit soll jenen Jugendlichen zugewandt werden, die politisch und rassistisch geschädigt wurden, damit diese wenigstens eine kleine Bevorzugung erfahren könnten. Die Jugend, die wir jetzt in den Schulen haben, wäre von einem guten Geiste beseelt. Als Beweis dafür mag gelten, daß im laufenden Schuljahr überhaupt keine schwereren Disziplinarfälle vorgekommen sind. Die guten Erfolge bei den diesjährigen Reifeprüfungen seien ein Beweis für die Leistungen der Wiener Lehrerschaft.
(Beifall)

Gemeinderat Mühlhauser (ÖVP) schlug eine Erhöhung der Pfründen vor, da diese zur Deckung des Lebensunterhaltes nicht ausreichen. Ferner forderte er, dafür zu sorgen, daß die Jugendheime nicht von alliierten Soldaten belegt bleiben. (Beifall)

Gemeinderat Weber (SPÖ) verlangte eine Unterstützung der Heimkehrer. Die jungen Menschen bis zu 30 Jahren sollen erfaßt und wenigstens zwei bis drei Wochen lang in Erholungsheimen untergebracht und dort körperlich und geistig betreut werden.
(Beifall)

Gemeinderat Potetz (SPÖ) sprach darüber, daß dem Problem der Fürsorge für Kinder, deren Väter Besatzungsmitglieder sind, ein besonderes Augenmerk zuzuwenden wäre. Das Geld, das man dafür verwenden würde, falle sicher auf fruchtbaren Boden. (Beifall)

Stadtrat Dr. Freund stellte in seinem Schlusswort fest, dass die Sozialistische Partei immer bestrebt ist, die Fürsorge nicht als ein Almosen hinzustellen und drückte dies mit den Worten Prof. Tandlers aus: "Fürsorge ist dazu nötig, dass sie sich selbst durch ihre Tätigkeit unnötig mache." Er ging dann auf die einzelnen Anregungen und Forderungen ein.

Es ist schwer für alle Leute Erholungsfürsorge zu betreiben, vor allem wegen der derzeitigen Transportschwierigkeiten. Für die Pflege der alten Leute, die sich nicht in Anstalten befinden, sind Beträge für die sogenannte Hauskrankenpflege und Haushaltshilfe vorgesehen.

Die Fürsorgerinnen sind nicht nur schlecht bezahlt, sie haben auch wenig zu essen und haben schlechte Schuhe. Wo immer es möglich ist und z.B. aus einer Spende für Krankenpflegerinnen Schuhe übrig bleiben, werden diese zur Beteiligung von Fürsorgerinnen verwendet.

Für Jugendliche, die einen Fehltritt begangen haben und sich nun durch eine verbüsste Kerkerstrafe aus der menschlichen Gesellschaft ausgestossen fühlen, ist bereits wieder die Jugendgerichtshilfe ins Leben gerufen worden.

Die von GR. Steinhardt verlangt Erhöhung einiger Beträge kann nicht durchgeführt werden, da diese genauest errechnet wurden. Es ist besser, Nachtragskredite zu verlangen, als der Bevölkerung Hoffnungen zu machen, die dann nicht erfüllt werden können.

Blindenfreifahrtscheine für erwerbstätige Blinde und solche die wegen einer Kur oder ärztlicher Behandlung die Strassenbahn benutzen müssen, sind schon eingeführt. Es gibt nur keine Freifahrtscheine für arbeitslose Blinde. Es kann nicht zugelassen werden, dass diese sczusagen als Leitschiene für den wirklich fahrenden Begleiter verwendet werden.

Der Ausbau der Fürsorgerinnenschule der Stadt Wien und die Errichtung eines Internates für auswärtige Hörerinnen wird begrüsst. Nur müsste man die Auswahl der Hörerinnen dahin treffen, dass auch Mädchen aus dem Volke, welche gescheit und aufnahmefähig sind, als Fürsorgerinnen herangebildet werden. (Beifall)

Betreffend die selbständigen Gewerbetreibenden werde die Gemeinde mit der Handels- und Gewerbekammer wegen Flüssigmachung von Mitteln zur Unterstützung von ins Elend geratenen Angehörigen dieses Standes in Fühlung treten. Auch auf dem Gebiete der Zusammenlegung

der Kindergärtnerinnen- und Fürsorgerinnenschulen würden die notwendigen Schritte eingeleitet werden. Die Beschlußfassung über Einführung einer Gemeinschaftsrente stehe nur dem Nationalrate zu. Zur Beschaffung von Kinderschuhen laufen schon lange Verhandlungen mit der Schweiz, die bereits eine große Anzahl neuer Schuhe, darunter auch 2000 Paar Kinderschuhe, geliefert hat. Des weiteren hat die Schweiz die Lieferung von Gerbstoff sowie von Material zur Schuhanfertigung in Aussicht gestellt, so daß für den Herbst mit der Anfertigung von 10.000 Paar Schuhen zu rechnen sei. Für einen Teil des Gerbstoffes werde versucht werden, Leder aus der Steiermark zu bekommen. Bei der Beteiligung mit Stipendien würden besonders Körperbeschädigte bevorzugt. Die Höhe der Stipendien werde bis zu 100 S monatlich betragen. Eine Erhöhung der durch die Preissteigerungen in der Kaufkraft gesunkenen Pfründen könne nur im Rahmen einer allgemeinen finanziellen Regelung erfolgen. Sammlungen zur Unterstützung der Jugendhilfe durchzuführen, sei infolge Fehlens von gesetzlichen Grundlagen derzeit schwer möglich. Daß die Politik in der Fürsorge zur Zeit möglichst weitgehend ausgeschaltet ist, müßten auch die anderen Parteien anerkennen. In der Befürsorgung der Heimkehrer werde an Bekleidung und Schuhen das Beste zur Verfügung gestellt. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des Wohlfahrtswesens einschließlich des zugehörigen außerordentlichen Voranschlages angenommen; die zu dieser Gruppe eingebrachten Anträge dem Stadtsenat, bzw. den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Das Gesundheitswesen Wiens

=====

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) begann sein Referat mit einem Hinweis auf die Verhältnisse im Gesundheitswesen des vorigen Jahres. Während in den Straßen Leichen und Kadaver herumlagen, waren kaum 20 Ärzte zur Verfügung, das Personal in alle Winde verstreut und im Rettungsdienst fehlten die Krankenbeförderungsmittel. Gegenwärtig stünden wieder 22 Spitäler für Erwachsene, 7 Kinderspitäler, 2 Heil- und Pflegeanstalten, 6 Altersheime und 16 Erziehungsanstalten für Kinder und Lehrlinge zur Verfügung. Von den rund 11.000 Spitalbetten sind etwa 1500 für Infektionskrankheiten, 1000 für Geschlechtskrankheiten, 1200 für Lungenerkrankungen und der Rest für die übrigen Krankheits-

gruppen bestimmt. Auch der Mangel an Jäsche machte sich im Vorjahre äußerst unangenehm bemerkbar und ist auch jetzt noch eine große Sorge. Die Versorgung mit Medikamenten ist dank der Alliiertenhilfe zur Zeit im allgemeinen zufriedenstellend. Besonders unangenehm würde der Ausfall von Krankbetten empfunden, der auf die Besetzung von mehr als 2000 Betten durch alliierte Truppen zurückzuführen ist. Der Zustand unserer Röntgeneinrichtungen lasse eine Katastrophe befürchten, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird. Auch für die Beheizung der Krankenhäuser im kommenden Winter müsse Sorge getragen werden, insbesondere wäre eine Umstellung auf Ölfeuerung vorzunehmen.

Die im ordentlichen und außerordentlichen Budget aufgestellten Ziffern sind Mindestanforderungen. Zur Zeit haben wir in Wien wieder 73 Mutterberatungsstellen, aber mit nur 59 Ärzten. Der amtsärztlichen Untersuchungsstelle ist eine Genehmigungsstelle für Lebensmittelzulagen für Kranke angeschlossen, die die von den Ärzten ausgestellten Anträge überprüft und an das Zentralernährungsamt weiterleitet. 30.000 Ansuchen um Krankenzulagen ist die übliche Zahl im Laufe eines Monats, denen zu entsprechen aber kaum möglich ist.

Das Absinken von Typhus und Ruhr unter den schwersten Verhältnissen ist ein außerordentliches Verdienst unseres Gesundheitsamtes. Bei Fleckfieber war die Lage schon vor den Kampfhandlungen in Wien bedrohlich. Besonders in den Gefängnissen und Lagern, durch den Flüchtlingsstrom und durch die Heimkehrer waren zahlreiche Fälle aufgetreten. Die Geschlechtskrankheiten wiesen schon 1938 eine ansteigende Tendenz auf, dabei ist ein starkes Anwachsen der Luesfälle zu beobachten. Die Gesamtzahl, der im zweiten Halbjahr 1945 gemeldeten Fälle betrug für Wien 12.481, davon 2249 Luesfälle. Auch hier wurde alles Mögliche zur Bekämpfung veranlaßt. Besonders bedauerenswert wäre aber auch das Anwachsen der Geschlechtskrankheiten in der Umgebung von Wien und in Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung. Auch die Tuberkulose zeigte den erwarteten steilen Anstieg. Diese Volksseuche ist in erster Linie auf die chronische Unterernährung und die verschlechterten Wohnverhältnisse zurückzuführen. Während im Jahre 1938 23.000 Personen an Tuberkulose erkrankt waren, wies das Jahr 1945 schon 27.000 Fälle auf. An Tuberkulose starben 1938 2000 Personen, 1945 schon 3100. Die Tuberkulosesterblichkeit hat sich seit 1938 verdoppelt und im Säuglings- und Kleinkindesalter verfünffacht. Alle Mittel, die zur

Verhinderung zur Verfügung stehen, werden angewandt. Leider haben wir noch immer zu wenig Spitalbetten und vor allem zu wenig Heilstättenbetten. Während im Jahre 1937 noch 2184 Heilstättenbetten zur Verfügung standen, waren es 1945 nur mehr 450. Das Heilstättenreferat hat vom 1. Jänner 1946 bis Ende Mai 1946 über 2.000 Heilstättenanträge behandelt, wovon jedoch nur 500 Fälle untergebracht werden konnten. Auch die Erweiterung der Fürsorgestellen wäre dringend notwendig. 1939 gab es noch 25 Fürsorgestellen, 1946 nur mehr 15. Besonders empfindlich ist der Mangel im 21. Bezirk, wo die Tuberkulosensterblichkeit besonders stark ist. Die Todesfälle stiegen dort seit 1939 mit 87 Fällen im Jahre 1945 auf 273.

Abgesehen von der Unterernährung ist der allgemeine Gesundheitszustand der Wiener trotz der vorher geschilderten Verhältnisse halbwegs befriedigend. Die Unterernährung macht aber immer mehr Sorgen. Bei den Schulkindern ergab eine Untersuchung im Vorjahr, daß 30 % stark unterernährt, 50 % unterernährt und nur 20 % normalgewichtig waren. Auch bei den erwachsenen Personen sind Untergewichte von 15 kg, bei alten Leuten bis zu 30 kg etwas durchaus Alltägliches. Die Hungerödeme sind häufige Erscheinungen. Trotzdem eine gesetzliche Meldepflicht nicht besteht, wurden vom Juli 1946, bis Ende März 1946 über 6000 solcher Fälle bekannt. In Wirklichkeit dürften es aber weitaus mehr sein.

Die Sterblichkeit ist auf mehr als das Doppelte der Vorkriegszeit gestiegen. Sie betrug 1937 auf 1000 Einwohner 13, 1945 bereits 35 Todesfälle. Die Säuglingssterblichkeit erreichte im Sommer 1945 eine ungeahnte Höhe. 71 Todesfällen auf 1000 Lebendgeborene im Jahre 1944 standen 377 Todesfälle im Monat Juli 1945 gegenüber. Die Kindersterblichkeit war somit in Wien von 7 % im Frieden auf 37 % angestiegen. Das alles geschah in Wien, das als Stadt der Heilkunst, der Hygiene, der Volksaufklärung und der Organisation der Gesundheit Weltruf erlangt hatte.

Vizebürgermeister Weinberger dankte am Schlusse seiner Rede allen Ärzten, dem Pflegepersonal, den Angestellten und Arbeitern für ihre Mithilfe bei Wiedererflußbringung des Wiener Gesundheitswesens im vorigen Jahre und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in dieser Hinsicht alle Stellen in Zukunft weiterhin ihre Pflicht erfüllen werden. (Lebhafter Beifall)

Als erste Debattenrednerin sprach Gemeinderätin Birkhofer (SPÖ) über die Schulzahnkliniken. Von den bis 1934 durch Professor Tandler errichteten 16 Schulzahnkliniken sind nur mehr 12 in Betrieb. Die Schulzahnkliniken in Floridsdorf, im Karl Marx-Hof und im 10. Bezirk sind zerstört. Die Meidlinger Schulzahnklinik könnte ihren Betrieb aufnehmen, wenn die ÖVP in diesem Gebäude nicht ihre Organisation aufgebaut hätte. Es sollte nun noch vor den Ferien den Meidlinger Kindern ermöglicht werden, wieder die Wohltat ihrer Schulzahnklinik zu erfahren.

Gemeinderat Dr. Goldbach (ÖVP) führte aus, welche besondere Beachtung der Gesundheitsschutz und die Gesundheitsfürsorge verlangen.

Eine große Sorge bildet die Fürsorge für die Geschlechtskranken. Es muß besonderes Gewicht auf die Aufklärung gelegt werden, die dahin geht, die Kranken zu schulen, das soziale Empfinden in ihnen wachzurufen und ihnen immer wieder einzuprägen, welche schwere Schuld sie auf sich laden, wenn sie ihre Krankheit übersehen.

Die Tuberkulose wird besonders durch die derzeitigen Ernährungsschwierigkeiten hervorgerufen. Diese wird wahrscheinlich schon längst überwunden sein, und noch immer wird die andere Gefahr für dieses Leiden, die Staubplage, bestehen. Die Tuberkulosefürsorge muß gemeinsam mit dem Bauamt und vor allem dem Siedlungsamt dieses Problem meistern. Es sollten Kindergärten und Siedlungen geschaffen werden.

Wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, kann man wenigstens sagen, daß im Sinne des großen Wiener Stadtrates Professor Tandler gehandelt wurde, der die Fürsorge an erster Stelle gesetzt hat. Der Redner betonte, daß er Professor Tandler immer wegen seiner sozialen Tätigkeit und weil er immer als Mensch und Arzt für die Wiener Bevölkerung gearbeitet hat, volle Anerkennung gezollt habe.

Zum Schluß verlangte der Redner die Errichtung von Zahnstationen in den Wiener Spitälern. Vielleicht könnte man an die Alliierten herantreten, damit sie uns aus den militärischen Beständen Mittel und Inventar für die zu errichtenden Zahnstationen der Wiener Spitäler zur Verfügung stellen. (Beifall)

GR. Steinhardt (KPD) unterstreicht besonders die Probleme, die sich aus den Tuberkuloseerkrankungen und den Geschlechtskrankheiten ergeben. Er stellt zur Bekämpfung dieser Seuchen eine Anzahl von Anträgen, die unter anderem eine Vermehrung der Krankenbettenanzahl für Tuberkulose sowie die Errichtung weiterer TBC-Heilstätten zum Ziele haben. Durch Herausgabe von Tuberkulosemarken sollten der Gemeindeverwaltung erhöhte Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im X. XVI. XXI. Bezirk und in Liesing sollten neue TBC-Fürsorgestellen errichtet werden. Geschlechtskranke Mädchen im Alter bis zu 18 Jahren sollten im Frauenspital Klosterneuburg abgesondert untergebracht und möglichst in einer eigenen Anstalt behandelt werden. Die Bevölkerung müsste auf breitester Basis über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten aufgeklärt und die Aufhebung des veralteten Verbotes der Anpreisung von Präventivmitteln veranlasst werden. Die Wiener Quarantänestation im X. Bezirk solle ehestens wieder in Betrieb gesetzt werden. Zur Bekämpfung seuchenartiger Darmkrankheiten, so insbesondere der Ruhr, müsste für eine schnelle Abfuhr der auf den Strassen liegenden Konservenbüchsen Vorsorge getroffen werden.

Der Redner verlangt die Wiedereinführung der Institution der städtischen Fürsorgeärzte, die zur individuellen Behandlung besonders der weniger zahlungskräftigen Bevölkerungsschichten unbedingt notwendig sind. Des weiteren müssten die sogenannten Totenbeschauer wieder eingeführt werden, dass die Leichen nicht wegen Überbelastung der Ärzte mehrere Tage in den Wohnungen liegen bleiben.

GR. Heigelmayr (SPÖ) verlangt besonderes Augenmerk für den Ausbau der Heilstättenbehandlung, den Ausbau von Spezialuntersuchungsstellen und Röntgenstationen sowie den Aufbau von Tuberkulose-Fürsorgestellen im Stadtgebiet jenseits der Donau. Die Kinder sollten zur Vermeidung intrafamiliärer Ansteckung von kranken Eltern gesondert untergebracht werden. Wien müsse zu einem Vorposten im Kampf gegen die Infektionskrankheiten ausgebaut werden.

GR. Unger (ÖVP) forderte die Erweiterung der Anzeigepflicht auf alle Infektionskrankheiten. Zweckmässig wäre es auch, wenn jedes Gesundheitsamt über ein eigenes Telefon verfügen könnte. Jeder Bezirk sollte auch ein Bezirkssanitätsauto erhalten, während für die diensthabenden Ärzte ein Personenauto bereitstehen müsste.

Personalersparnis bei den Ärzten wäre der Erfolg solcher Maßnahmen. Die Rednerin kündigte an, daß das einzige Spital für Kinderchirurgie im Herbst dieses Jahres wieder eröffnet wird. Gemeinderätin Unger stellte den Antrag auf Wiederinbetriebsetzung der Kindertuberkulosen-Heilstätte Bellevue. Ein zweiter Antrag verlangt die Errichtung eines Jugendrekonvaleszentenheimes auf dem Wiener Kahlenberg, wofür sich eine dort befindliche ausgebrannte Villa nach Wiederherstellung besonders eignen würde. (Beifall.)

Gemeinderätin Platzer (SPÖ) verlangte die Verbesserung der Ausbildung in den Wiener Pflegerinnenschulen. In Bezug auf den Ärztemangel schlug sie vor, die seinerzeit in das Ausland emigrierten Ärzte wieder nach Wien einzuladen und sie zu neuerlicher Mitarbeit zu bewegen. Die Rednerin verlangte die Räumung und Wiederinstandsetzung des Hausgehilfinnenheimes in der Rahlgasse und dessen Rückführung zur ursprünglichen Zweckbestimmung. Äußerst notwendig wäre die Wiedererrichtung öffentlicher Abendambulatorien für Geschlechtskranke. Jedoch müßten nicht nur die Frauen sondern auch die Männer einer Kontrolle auf Geschlechtskrankheiten unterzogen werden. (Beifall)

Gemeinderat Seifert (ÖVP) sprach von den Fortschritten, die in Amerika, England und Rußland auf medizinischem Gebiete gemacht wurden und davon, daß wir 7 Jahre von diesen Fortschritten nichts erfahren haben. Es muß getrachtet werden, durch Anschaffung von medizinischer Literatur aus dem Ausland und durch Expedition^{en} unseren Ärzten den Anschluß zu ermöglichen.

Es muß auch versucht werden, wieder solche Männer an die Spitze zu bringen, die schon früher als Ärzte Hervorragendes geleistet haben. (Beifall)

Gemeinderat Hartmann (ÖVP) forderte, daß man der Wiener Sicherheitswache jene Hilfeleistungen angedeihen lassen sollte, um sie wieder auf jene hohe Stufe zu bringen, auf der sie vor dem Jahre 1938 gestanden hat. Sie hat durch ihr rasches Eingreifen oft wertvolles Menschenleben gerettet. Die ÖVP verlangt, diese bestandene schöne Einrichtung wieder in voller Blüte erstehen zu lassen. (Beifall)

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Weinberger ging in seinem Schlußwort auf die in der Debatte gestellten Anträge und Anfragen ein. Im Besonderen behandelte er die Frage der Tuberkulosebekämpfung. Voraussetzung für den Erfolg sei die Schaffung gesunder Wohnungen. Von seiten der Gemeindeverwaltung werde alles geschehen, um diesen Kampf zu einem Erfolg zu führen. Bei der Herausgabe von Tuberkulosemarken sei die Zustimmung der staatlichen Stellen erforderlich. Es wäre begrüßenswert auf diesem Wege grössere Beträge für den Kampf gegen diese Volkskrankheit hereinzubekommen. Die Aussprache habe auf allen Seiten den besten Vorsatz gezeigt, auf dem Gebiet des Gesundheitswesens alles zu tun, was die ganze Bevölkerung Wiens erwarten könne. Das Ziel der gemeinsamen Anstrengungen müsse sein: Gesunde Wiener und Wienerinnen, und vor allem gesunde, glückliche Kinder in einem gesunden, schönen und glücklichen Wien. (Allgemeiner lebhafter Beifall und Händeklatschen).

Die Ansätze des ordentlichen Voranschlages und des ausserordentlichen Voranschlages werden angenommen, die Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Damit ist die Gruppe Gesundheitswesen erledigt.

Fortsetzung der Budgetberatungen morgen Donnerstag, den 13. Juni, 13 Uhr, mit der Verwaltungsgruppe "Bauangelegenheiten".